

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Die Nachkriegszeit

Eckstein-Halpaus GmbH

[Dresden], [1935]

Das Jahr 1925

[urn:nbn:de:bsz:31-362797](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-362797)

Januar 1925

1. 1. Zusammenbruch des Barmatkonzernes.

In Berlin stellt sich die völlige Zahlungsunfähigkeit der Gebrüder Barmat heraus; sie werden verhaftet.

Durch Vermittlung einiger Abgeordneter haben sie von der Preussischen Seehandlung, von der Girozentrale und vom Reichspostscheckamt etwa 35 Millionen Goldmark erhalten, ohne daß wirkliche Deckungen vorhanden waren.

10. 1. Deutschland erhält seine Handelsfreiheit wieder.

Durch den Teil X des Versailler Vertrages waren Deutschland auf fünf Jahre einseitige, ebenso schädliche wie demütigende Einschränkungen seiner Wirtschaftspolitik auferlegt worden; vor allem hatte es allen Feindstaaten die volle wirtschaftliche Meistbegünstigung ohne Gegenseitigkeit gewähren müssen. Die Frist für diese Sonderbestimmungen läuft jetzt ab.

15. 1. Luther wird Reichskanzler, womit die seit dem 15. Dezember 1924 dauernde Kabinettskrise ihr Ende findet. Die Deutschnationalen treten in die Regierung ein, Stresemann bleibt Außenminister.

Vorgeschichte des Locarnovertrages.

Das seit der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 beobachtete starke Anwachsen nationaler Gesinnung in Deutschland löst in Frankreich ernste Beunruhigung aus. Nachdem der Vorstoß über Versailles hinaus im Ruhrkampf mißlungen ist, versucht man jetzt, wenigstens das im Friedensdiktat Erreichte unbedingt zu sichern, und zwar auf die verschiedenste Art: Ausbau eines riesigen Heeres, einer gewaltigen Flotte, einer überragenden Luftwaffe — alle zu stärkster Offensive befähigt. Um ihnen von vornherein eine günstige Operationsbasis zu schaffen, dehnt man die Herrschaft über Rhein und Saar so lange als möglich aus. Inzwischen gewinnt Frankreich Zeit, im eigenen Lande einen unüberwindlichen Festungsgürtel zu bauen, während Deutschland jede derartige Anlage verboten bleibt. Um zu verhindern, daß sich im Deutschen Reich finanzielle Mittel zu einem Revanchekrieg ansammeln, sucht man den starken Druck der Reparationen selbst dann aufrechtzuerhalten, als ihr weltwirtschaftlicher Widersinn immer augenfälliger wird. Schließlich soll ein Netz von Garantiepakten und militärischen Geheimverträgen mit den Nachbarstaaten Deutschlands dieses völlig einkreisen. Mit Belgien (1920) sowie mit Polen und der Kleinen Entente (1921) hatte dies Bestreben einen erfolgreichen Anfang genommen. Auch nach Beendigung des Ruhrkampfes sucht die französische Politik der Nachkriegszeit unermüdlich, die widerstreitenden Interessen der im Völkerbund zusammengeschlossenen Staaten ihren Sicherheitsbedürfnissen dienstbar zu machen. Kaum ist der Dawesplan festgelegt, als sie von neuem zu einem kühnen Schachzug ausholt.

Vergeblich waren bisher alle Bemühungen Frankreichs gewesen, mit England zu einem Garantieabkommen zu ge-

langen. Jetzt (September 1924) trifft man in Genf zusammen, um sich unter neuen Verhältnissen einander anzugleichen. Hierbei gelingt es den Franzosen, in das Protokoll des in Genf entworfenen Paktes die Bestimmung einzubauen, daß die Streitkräfte jedes Völkerbundsmitgliedes durch einfachen Mehrheitsbeschluß gegen jeden Angreifer in Marsch gesetzt werden dürfen. Nun aber hatte Frankreich durch seine Bündnisse fast automatisch eine solche Mehrheit hinter sich. Es hätte damit z. B. die englische Flotte jederzeit für seine eigenen Zwecke beanspruchen können.

Dieses Ansinnen hatte jedoch in England eine Ablehnung des Genfer Protokolles zur Folge. Das nach dem Sturz der Arbeiterregierung MacDonald (November 1924) gebildete neue englische Kabinett Baldwin mit dem französisch gesinnten Austen Chamberlain als Außenminister versucht nunmehr, die französischen Wünsche von sich auf Deutschland abzulenken — allerdings nicht, ohne gleichzeitig auch Deutschland dabei den Rücken zu stärken. England will so eine Vermittler- und Schiedsrichterrolle zwischen Frankreich und Deutschland spielen. Zunächst stimmt es allerdings zu, die I. (Kölner) Zone vorerst nicht zu räumen (vgl. Dezember 1924). Ferner tritt es mit Frankreich in Verhandlungen darüber ein, das Rheinland als angehliches europäisches Streitobjekt der Zukunft zu neutralisieren und unter die Kontrolle des Völkerbundes zu stellen. Als Stresemann davon hört, beschließt er, dieser Bedrohung zuvorzukommen.

Februar 1925

9. 2. Deutschland schlägt einen Rhein- und Sicherheitspakt vor, und zwar unverbindlich und unter strengster Geheimhaltung. Man will die in Versailles geschaffenen völkerrechtlichen Verhältnisse am Rhein garantieren, wenn nur dafür die deutsche Politik als gleichberechtigt anerkannt wird. Indem man zeigt, daß Deutschland auf jede Revanche verzichtet, hofft Stresemann die schlimmsten Paragraphen des Versailler Vertrages durch direkte Verhandlungen beseitigen und die besetzten Rheinlande wieder frei machen zu können. England und Amerika, die diese Gedanken im Herbst 1924 stellenweise sogar angeregt haben, greifen jetzt die deutschen Vorschläge als neue Verhandlungsbasis auf und unterstützen sie. So sieht sich Frankreich gezwungen, den von ihm erstrebten Garantievertrag fallenzulassen und den deutschen Vorschlägen näherzutreten (vgl. 25. 8. 1925).

27. 2. Neugründung der NSDAP.

Das Parteiprogramm bleibt unverändert, die Ziele sollen ausschließlich auf legalem Weg erstrebt werden. Die Reichsregierung stempelt aber den deutschen Frontsoldaten Adolf Hitler zum Ausländer und verbietet ihm das Reden.

28. 2. Friedrich Ebert, der erste Präsident der deutschen Republik, stirbt nach kurzem Krankenlager. Das deutsche

Volk wird damit plötzlich vor die Entscheidung gestellt, ein neues Staatsoberhaupt zu wählen. Bis zur Neuwahl wird Reichsgerichtspräsident Simonis stellvertretender Reichspräsident.

März 1925

2. 3. In Österreich wird die Schillingwährung (1 Schilling = 10 000 Papierkronen) eingeführt.

12. 3. Sun Yat Sen, der erste Präsident der chinesischen Republik, stirbt (s. 19. 9. 1951).

29. 3. Erste Reichspräsidentenwahl.

Insgesamt wurden 7 Kandidaten angesetzt. Die meisten Stimmen (10,4 Millionen) erhielt der nationale Block, der Jarres aufgestellt hatte. Es folgt Braun (Sozialdemokrat) mit 7,8, Marx (Zentrum) mit 5,9 und Thälmann (Kommunist) mit 1,8 Millionen Stimmen. Für den 2. Wahlgang bestand die Gefahr, daß die Weimarer Koalitionsgruppen, die sich auf einen Kandidaten einigten, damit das Übergewicht über den nationalen Block erlangten. Letzterer mußte also jemand präsentieren, der Jarres an Volkstümlichkeit überlegen war. Hierfür kam nur ein Mann in Frage — Hindenburg —, der unvergessen im Herzen aller nationalen Deutschen lebte. Er lehnt jedoch zunächst die Kandidatur ab — er sei zu alt. Erst dem Großadmiral von Tirpitz gelingt es, den greisen Marschall zur Annahme zu bewegen.

April 1925

26. 4. Zweiter Wahlgang: Generalfeldmarschall von Hindenburg wird Präsident des Deutschen Reiches (bis 2. August 1934) und tritt am 12. Mai sein Amt an.

Mal 1925

Polen beginnt auf der Westerplatte bei Danzig mit dem Bau eines Munitionshafens und läßt gleichzeitig durch französische Firmen mit französischem Geld den neuen Kriegshafen Gdingen anlegen (vgl. 4. 8. 1928).

Juni 1925

4. 6. Die Alliierten überreichen eine neue umfangreiche Entwaffnungsnote mit angeblichen Verstößen Deutschlands, um zu beweisen, daß die Räumung der I. (Kölner) Zone noch nicht möglich sei.

10. 6. Der Stinneskonzern bricht zusammen. Die Inflation hatte in Deutschland eine Reihe von „Konzernen“ entstehen lassen, von denen der größte Teil in vollkommener Wahlosigkeit aufgebaut war. So hatte der Großindustrielle Stinnes kurz vor seinem Tode, am 10. April 1924, einige tausend Werke unter seiner Leitung vereinigt und beherrschte praktisch damit einen großen Teil des deutschen Wirtschaftslebens.



Januar

85 Stapellauf des Kleinen Kreuzers „Emden“ in Wilhelmshaven am 7. Januar 1925. Größe 6000 t, 8 15-cm-Geschütze. Deutschlands Seestreitkräfte nach dem Versailler Vertrag: 6 Schlachtschiffe, 6 Kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote. Auch ist die Tonnagezahl für Ersatzbauten genau geregelt. Der erste Neubau nach dem Kriege wurde nach dem ruhmreichen Kaporkreuzer „Emden“ getauft (vgl. auch Bild 207).



Februar

86 Amerikanische Importe: Dollar und Jazz. Eine Negerkapelle, wie sie im Winter 1924/25 in zahlreichen Lokalen anzutreffen war. Als die französische Gewaltpolitik an Rhein und Ruhr sich 1924 den volkswirtschaftlichen Erfordernissen zu beugen begann, wurde der amerikanische Dollar zum signalischen Beherrscher der Erde. In seinem Gefolge begann auch der Siegeszug des Jazz, der diese genußsüchtige und moralisch tiefstehende Epoche am treffendsten widerspiegelt.



März

87 Die Gottlosenpropaganda. Ein Auto der Antichristbewegung. Neben der Abschaffung des Kapitals und der Socialisierung aller großen Betriebe streben linksradikale Führer in Deutschland auch die Beseitigung aller kirchlichen Einrichtungen an. Hieraus entwickelte sich eine zielbewusste „Gottlosenpropaganda“, durch die vor allem auch das Bürgertum für die antichristlichen Grundsätze gewonnen werden sollte.



April

88 Bombenanschlag in Sofia. Zerstörte Kirche, unter deren Trümmern 246 Menschen den Tod fanden. Die durch die Friedensdikate ihrer militärischen Ordnungsmittel beraubten ehemaligen Mittelmächte mußten ein ungeheures Ansehen der radikalen Parteien feststellen, durch die es häufig zu blutigen Aufständen kam. So versuchten linksradikale Kreise am 16. April 1925 in Sofia ein Bombenattentat, wodurch die Kathedrale sehr stark beschädigt wurde.



Mai

89 Hindenburg wird Reichspräsident. Das neue Staatsoberhaupt nach seiner Vereidigung am 17. Mai 1925 beim Abschieden der Ehrenkompanie der Reichswehr. Nach dem Tode Eberts (28. Februar 1925) wählte das deutsche Volk erstmalig einen Reichspräsidenten. Im 1. Wahlgang verteilten sich die Stimmen auf 7 Kandidaten. Da stellte sich der damals 78jährige Marschall zur Verfügung. Am 26. April siegte Hindenburg über Marx mit 14,6 gegen 13,7 Millionen Stimmen.



Juni

90 Franzosen am Deutschen Eck. In den Jahren zwischen Dawes- und Youngplan (1924–28) handelte es sich vor allem um die Frage, ob die amerikanische Geldpolitik oder die französischen Machtbestrebungen stärker sein würden. Der Dollar blieb in diesem Kampf Sieger. Am deutschen Rheinstrom aber war bis dahin kaum ein Nachlassen des Druckes der Fremden Besetzung zu verspüren.

Hugo Stinnes betrieb zunächst die gesunde vertikale Zusammenfassung von Wirtschaftsbetrieben, d. h. er versuchte, vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt den gesamten Herstellungsprozeß in seine Hände zu bekommen und einheitlich zu gestalten. Dadurch vermochte er alle zwischen beiden liegenden Gewinne einzusparen und infolgedessen billig zu liefern, ohne daß dabei dem Arbeiter ein Lohnausfall entstand. Beim „Ausverkauf Deutschlands“ ging aber Stinnes dazu über, wahllos Betriebe und Firmen zu erwerben, die nicht das geringste mit seinen eigentlichen Konzern zu tun hatten: Schiffswerften, Schiffahrtslinien, Maschinen- und Automobilfabriken, Zellstoff- und Papierfabriken, Wälder, Zeitungen, Filmgesellschaften, Wohn- und Bürohäuser, Gasthöfe und Hotels. So entstand ein „horizontales“ unorganisches Wirtschaftsgelände, das nur noch durch eine Verwaltungsgemeinschaft miteinander verbunden war. In den schweren Zeiten nach der Inflation war dieses nicht mehr lebensfähig. Kaum ein Jahr nach dem Tode des „ungekrönten Königs“ von Deutschland brach der Stinneskonzern unter ungeheuren Verlusten zusammen.

Juli 1925

4. 7. Beginn der Ausweisung deutscher Optanten infolge der Zuspitzung der deutsch-polnischen Beziehungen (vgl. Bild 95).

31. 7. Die Räumung des Ruhrgebietes ist beendet. Um diese Zeit trennt sich die NSDAP. von der Völkischen Freiheitspartei, da letztere für die sozialen Ziele kein Verständnis zeigt. Gleichzeitig bildet Adolf Hitler aus den Getreuesten der alten SA. und all denen, die sich ihr neu anschlossen, die neue SA., die fortan braunes Gewand und braune Mütze trägt. Zum Führer wird Hauptmann von Pfeiffer, der Gauleiter Westfalens, berufen.

August 1925

25. 8. Das Sanktionsgebiet vom 15. März 1921: Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, wird geräumt.

Deutschland vor der Wahl zwischen Ost- und Westorientierung: Als Antwort auf den von Deutschland am 9. Februar angebotenen Sicherheitspakt war Mitte Juli eine englisch-französische Note in Berlin übergeben worden, welche die öffentlichen Verhandlungen über den künftigen Sicherheitspakt nunmehr in Gang bringt. Vor allem streben jetzt auch Polen und die Tschechoslowakei an, ähnliche „Sicherheiten“ herauszuschlagen. Gleichzeitig meldet Rußland als Partner der Rapallo-Verträge bei Deutschland seine Bedenken an: Die Verträge würden hinfällig, wenn Deutschland sich aus freien Stücken unter die Botmäßigkeit der Rußland feindlich gesinnten Westmächte begäbe. Noch in letzter Stunde versucht Tschitscherin seine Einwendungen in Berlin persönlich vorzubringen; aber der Kurs ist bereits entschieden: Die deutsche Regierung hat sich für eine Westorientierung entschlossen. Im Hinblick auf die erfolgte Räumung der Ruhr glaubt man mit Fort-

setzung der Verständigungspolitik auf dem richtigen Wege zu sein, um so mehr, als am 15. September Deutschland endlich nach Locarno eingeladen wird.

Oktober 1925

Der Locarnopakt

6.-16./10. Dieser Ort in der Südschweiz ist mit Rücksicht auf Mussolini gewählt, der sich nicht weit von seinem Land entfernen wollte.

Das Deutsche Reich ist durch Reichskanzler Luther und durch Stresemann, England durch Chamberlain, Frankreich durch Briand und Italien durch Mussolini vertreten. Außer Belgien (Vanderveelde) nehmen auch Polen und die Tschechoslowakei an der Konferenz teil.

Das Kernstück der Vereinbarungen war der sogenannte Westpakt, d. h. der eigentliche Locarnopakt. Durch ihn verpflichteten sich das Deutsche Reich, Frankreich und Belgien gegenseitig, die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rheingrenzen aufrechtzuerhalten und auf jede gewaltsame Änderung zu verzichten. Die Bürgschaft für diesen Vertrag übernahmen England und Italien. Weiterhin verpflichteten sich das Reich, Frankreich und Belgien, jeden Angriffskrieg gegeneinander zu unterlassen und etwaige Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Für den Fall einer Verletzung des Vertrages versprechen sich die Mächte gegenseitigen Beistand gegen den schuldigen Teil. Dieser Westpakt sollte nach dem Eintritt des Reiches in den Völkerbund in Kraft treten.

Auch die Ostgrenzen des Versailler Vertrages, das sogenannte Ostlocarno, sollte das Reich noch einmal freiwillig anerkennen. Stresemann wies dies zwar entschieden zurück, schloß aber mit Polen und der Tschechoslowakei ebenfalls je einen Schiedsvertrag ab.

Das gesamte Vertragswerk ging davon aus, daß früher abgeschlossene Vereinbarungen und etwaige Streitigkeiten aus diesen nicht von ihm berührt werden sollten. Damit behauptete das Versailler Diktat seinen unbedingten Vorrang.

Von dem Locarnopakt hatte die deutsche Außenpolitik eine wesentliche Entspannung des deutsch-französischen Verhältnisses erwartet. Im Grunde aber hat sie nur erreicht, daß Frankreich seine angeblichen Rechte auf Sanktionen fallen läßt und in Aussicht stellt, die Frage der Räumung der I. Rheinlandzone und einige Erleichterungen in der Militärkontrolle im günstigsten Sinne demnächst aufzugreifen (vgl. August 1926). *Somit aber kam man mit leeren Händen zurück — im Gegenteil:* Man hatte auf die Rückgabe von Elsaß-Lothringen nochmals in aller Form, und zwar jetzt freiwillig, verzichtet. Ebenso hatte man Artikel 42 und 45 des Versailler Vertrages über die entmilitarisierte Zone neu bekräftigt. So blieb es Deutschland auch in Zukunft verboten, links des Rheines und in einem

50 km breiten Streifen rechts des Rheines irgendwelche Truppen zu halten, während Frankreich die seinigen bis unmittelbar an die Grenze heranschieben durfte. Zum Schiedsrichter zwischen Frankreich und Deutschland war fortan England bestellt. Deutschland aber konnte den Locarnopakt von sich aus niemals kündigen; denn dieser sollte so lange in Kraft bleiben, bis der Völkerbund, der seine Tore für Deutschland öffnen wollte, mit Zweidrittelmehrheit beschließen würde, daß seine eigenen Sicherheitsgarantien nunmehr ausreichend seien. Über all dieses stellte jedoch die damalige deutsche Politik die Hoffnung auf den „Geist von Locarno“. Aber schon bei der Rückkehr der Delegation nach Berlin fand diese eine sehr zwiespältige Stimmung vor.

22. 10. *Regierungskrise* in Deutschland. Die Deutschen lehnen die Locarnopolitik ab und treten aus der Regierung aus. Das Kabinett wird im weiteren Verlauf immer mehr von der Sozialdemokratie beeinflusst, welche die Verständigungspolitik unterstützt.

November 1925

1. 11. In der Türkei wird das Tragen des Fes verboten.

3. 11. Ungarn führt die Pengö-Währung ein.

18. 11. Frankreich läßt im Besatzungsregime der Rheinlande gewisse Erleichterungen, z. B. in der Militärgerichtsbarkeit, eintreten.

Gleichzeitig beschließt die Botschafterkonferenz, die Räumung der Kölner Zone am 6. Dezember beginnen zu lassen, also fast ein Jahr später, als dies im Versailler Vertrag vorgesehen war.

27. 11. *Annahme der Locarno-Verträge im Reichstag* mit 291 gegen 174 Stimmen nach schweren parlamentarischen Auseinandersetzungen.

Dezember 1925

1. 12. Unterzeichnung des Locarnopaktes durch Luther und Stresemann in London.

5. 12. Das Rumpfkabinett Luther (ohne Deutschnationale — vgl. 22. 10. 1925) tritt zurück. Diesmal dauert die Regierungskrise noch länger als im Vorjahre (vgl. 20. 1. 1926).

12. 12. Deutschland wird zu einer vorbereitenden Abrüstungskonferenz eingeladen, die in Genf stattfinden soll.

Im November und Dezember begann in Südtirol von seiten Italiens ein Unterdrückungsfeldzug gegen die 500 000 Deutschtiroler. Man vernichtete die deutsche Presse, führte geheime Briefzensur, faschistische Spionage, italienischen Militärdienst, Religionsunterricht und Gerichtssprache ein. Ende 1925 hatte die NSDAP. 27 000 Mitglieder.



Juli

91 Eingreifen der Franzosen in Marokko. Neue Formationen, die im Sommer 1925 aufgestellt wurden, um gegen Abd el Krim zu kämpfen. Der Aufstand der Rifhabylen (vgl. Bild 84) griff auch auf die französische Zone über. Im April 1925 unternahm Abd el Krim einen überraschenden Vorstoß gegen Fes. Nun verständigten sich Frankreich und Spanien über ein gemeinsames Vorgehen unter dem Oberbefehl des Marschalls Pétain.



August

92 Räumung Düsseldorfs. Abzug der Franzosen am 25. August 1925. Am 8. März 1921 waren Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als „Sanktions“ dafür besetzt worden, daß Deutschland auf der Konferenz von London (1.—7. März 1921) den „Pariser Zahlungsplan“ (vgl. Januar 1921) abgelehnt hatte. Obwohl inzwischen andere Vereinbarungen (Konferenz in London 16. Juli 1924) in Kraft traten, wurden die 3 Städte erst im August 1925 geräumt.



September

93 Ausweisung deutscher Optanten. Ausgewiesene auf dem Bahnhof Schneidemühl im September 1925. Das deutsch-polnische Optantenabkommen vom 11. Mai 1922 hatte die wirtschaftlichen Verhältnisse für diejenigen Gebiete Oberschlesiens geregelt, die vom Völkerbund am 12. 10. 21 von Deutschland abgetrennt worden waren. Trotzdem wies Polen Juli bis September 1925 viele Deutsche aus, die bei der Abstimmung am 20. März 1921 für Deutschland gewählt hatten.



Oktober

94 Konferenz in Locarno vom 6.—16. Oktober 1925. Briand, Chamberlain und Stresemann während einer Sitzungspause. Auf dieser Zusammenkunft verpflichteten sich Frankreich und Deutschland, ihre neuen Grenzen zu respektieren und etwaige Streitigkeiten einem Schiedsgericht zu überweisen. Dafür stellte Frankreich einige „Rückwirkungen“ seiner die baldige Räumung der I. (Kölner) Zone — vgl. Jan. 1926 — in Aussicht. England und Italien übernahmen für diese Verträge die Bürgschaft.



November

95 Kemal Pascha, Beherrscher der Türkei, der am 1. November 1925 das Tragen des Fes verbot. Dieser ehemalige türkische Führer im Weltkrieg hatte im Sommer 1919 eine nationale Bewegung organisiert und 1922 die Griechen besiegelt. Am 24. Juni 1923 erzwang er die Revision des Friedens von Stresa und wurde nach dem Sturz des Sultans am 29. November 1923 zum Präsidenten der türk. Republik gewählt, wobei er die Hauptstadt nach Angora verlegte (vgl. auch Bild 141).



Dezember

96 Die Abrüstungskonferenz. Tankatruppe der deutschen Reichswehr. In Versailles hatten sich alle Staaten verpflichtet, gemäß Ziffer 4 von Wilsons 14-Punkten „auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß abzurüsten“. Am 12. Dezember 1925 begann die erste „vorbereitende“ Konferenz, zu der auch Deutschland eingeladen wurde, das bereits seit 5 Jahren den Abrüstungspakt restlos erfüllt hatte.